



Pressemitteilung

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e. V.

Pressereferat

Nr. 08

München, den 11.02.2014

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@blv.de
www.blv.de/aktuelles/presse

Klares Nein zu Stellenstreichungen an den Schulen

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

Fast 10.000 Menschen haben die online-Petition des BLLV unterzeichnet / BLLV-Präsident Wenzel spricht von einem unmissverständlichen Signal an die Staatsregierung

München - „Bitte helfen Sie uns, die Streichung von Lehrerstellen zu verhindern!“ Mit diesem eindringlichen Appell endet eine vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) initiierte online- Petition an den Bayerischen Landtag. Anlass sind die von der Staatsregierung bis heute unklaren Angaben zur personellen Ausstattung an Schulen. Im Raum stehen über 830 Stellenstreichungen. Hunderte junger Referendare finden zudem keine Anstellung. Die Petition haben in kurzer Zeit knapp 10.000 Menschen unterzeichnet - und stündlich werden es mehr. Für BLLV-Präsident Klaus Wenzel ein „unmissverständliches Signal“ an die Staatsregierung. Er warte zudem immer noch auf eine Antwort von Ministerpräsident Horst Seehofer auf den Offenen Brief, den er vor einigen Tag mit dem Vermerk abgeschickt hatte, Seehofer möge doch bis zum 5. Februar eine klare Aussage zu den Stellenstreichungen machen.

Die in der BLLV-Petition formulierte Forderung richtet sich an die Landtagsabgeordneten aller Fraktionen. Die Politiker sollen sicherstellen, „dass die demografische Rendite vollständig im Schulbereich erhalten bleibt. Lehrerstellen dürfen nicht - auch nicht teilweise - an die Hochschulen verlagert werden.“ Wenzel interpretiert die hohe Zahl der Unterzeichner als deutliches Signal an die Politik: „Viele haben von dem Taktieren der vergangenen Tage die Nase gestrichen voll.“ Das Vorgehen der Staatsregierung sei nicht nur unprofessionell, es zeige auch in erschreckender Weise, wie weit sich die Politik von der schulischen Realität entfernt habe. „Anders kann ich mir nicht erklären, dass die Schulen vor Mammutaufgaben wie die Umsetzung der Inklusion, den Ausbau der Ganztagsangebote oder die individuelle Förderung gestellt werden, gleichzeitig aber das dafür erforderliche Personal zusammengestrichen wird.“

In der Petition erinnert der BLLV die Staatsregierung an ihr zur Landtagswahl 2013 im „Bayernplan“ gemachtes Versprechen, anders als andere Bundesländer den Personalstand im Bildungswesen nicht zurückzufahren. Die Staatsregierung



hätte sogar garantiert, auch bei sinkenden Schülerzahlen frei werdende Lehrerstellen vollständig im Bildungssystem zu belassen.

„Diese Zusage konnte und sollte so verstanden werden, dass an Schulen keine einzige Lehrerplanstelle aufgrund des demografischen Wandels wegfällt“, heißt es in der BLLV-Petition. Heute erkläre die Staatsregierung jedoch, dass diese Planstellen zwar nicht im Schulbereich, aber im „Bildungsbereich“ verbleiben - sprich an die Hochschulen verlagert werden sollen. Der Vorwurf des Wahlbetrugs stehe im Raum. ♦